



## Beschluss aus der Parteivorstandssitzung vom 21.02.2022

### **Höherer Mindestlohn und Stärkung der Tarifbindung – Sozialdemokratische Politik für mehr Lohngerechtigkeit und Respekt in der Arbeitswelt**

1 Arbeit ist die Quelle unseres gesellschaftlichen Wohlstands. Deshalb muss gute Arbeit  
2 auch gut bezahlt werden. Ein gerechter und guter Lohn ist unabdingbare  
3 Voraussetzung der Anerkennung guter Leistungen und Grundlage der individuellen  
4 Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wer den ganzen Tag arbeitet,  
5 darf nicht unter die Armutsgrenze fallen. Das ist eine Frage des Respekts vor der Arbeit  
6 vieler Millionen Menschen in unserem Land.

7

8 Nach der Bundestagswahl hat die SPD Wort gehalten: Eine der ersten Maßnahmen der  
9 sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist die Erhöhung des gesetzlichen  
10 Mindestlohns auf 12 Euro. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren ist eingeleitet.  
11 Ab Oktober 2022 wird der Mindestlohn von 12 Euro gelten.

12

13 Erste Reaktionen von Lobbyisten aus der Wirtschaft sind beschämend. Die Drohung mit  
14 Klagen gegen die einmalige gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro  
15 verkennt die gesellschaftspolitische und ökonomische Bedeutung von  
16 Lohngerechtigkeit. Der Mindestlohn sichert Arbeitsplätze, fördert reguläre  
17 sozialversicherte Beschäftigung und führt zu einer Stärkung der sozialen  
18 Sicherungssysteme und weniger Sozialausgaben. Der Mindestlohn ist eine soziale und  
19 ökonomische Erfolgsgeschichte unseres Landes. Er trägt maßgeblich dazu bei, die  
20 Binnennachfrage, die Konjunktur und damit auch die Beschäftigung in unserem Land  
21 zu stabilisieren.

22

23 Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist in den letzten Jahren zwar leicht  
24 zurückgegangen, eine Folge vor allem der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.  
25 Aber noch immer arbeiten 18,7 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, sie  
26 verdienen also weniger als 2/3 des Medianeinkommens. Ein genauerer Blick auf die  
27 Zahlen zeigt, dass vor allem Frauen auch im 21. Jahrhundert auf dem Arbeitsmarkt  
28 diskriminiert werden. Der Anteil der Männer im Niedriglohnsektor beträgt 15,4  
29 Prozent, der Anteil der Frauen dagegen 25,4 Prozent. Immer noch werden Frauen  
30 strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie  
31 bei Männern. Der Anteil von Frauen an atypischer und schlecht bezahlter  
32 Beschäftigung ist überproportional hoch.

33

34 Von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro werden mehr Frauen als Männer in  
35 unserem Land profitieren. Auch für mehr als ein Fünftel der Beschäftigten in  
36 Ostdeutschland bedeutet unser Gesetz eine teils kräftige Lohnerhöhung. Und nicht  
37 zuletzt profitieren viele Beschäftigte, die in der Pandemie „den Laden am Laufen“  
38 gehalten haben: in der Körperpflege, in der Gastronomie, im Reinigungsgewerbe, bei  
39 den Paketdiensten und im Einzelhandel.

40

41 Entgegen der Kritik ist der Mindestlohn gerade kein Eingriff in die Tarifautonomie. Der  
42 Mindestlohn wurde notwendig, weil sich immer mehr Arbeitgeber aus der  
43 Verantwortung für gute Tarifverträge gezogen haben. Die Tarifbindung ist dramatisch  
44 gesunken: von 74 Prozent in den 90er Jahren auf 53 Prozent der Beschäftigten, die in  
45 einem tarifgebundenen Betrieb arbeiten. In Ostdeutschland liegt die Tarifbindung  
46 sogar nur bei 43 Prozent. Ein gesetzlicher Mindestlohn stellt also eine notwendige  
47 Ergänzung des bewährten Tarifvertragssystems dar und kann dieses nicht ersetzen.

48

49 Die SPD will die Tarifbindung wieder stärken. Eine höhere Tarifbindung wäre auch ein  
50 wichtiger Beitrag, die 30 Jahre nach der Einheit immer noch existierenden  
51 Lohnunterschiede zwischen Ost und West endlich zu überwinden.

52

53 Wo Sozialdemokrat\*innen in Regierungsverantwortung stehen, wird die Tarifbindung  
54 aktiv gefördert. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche  
55 Aufträge sollten nur an Betriebe und Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach  
56 einem Tarifvertrag bezahlen. Denn öffentliche Gelder dürfen nicht Lohndumping und  
57 Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
58 unterstützen.

59

60 Anke Rehlinger hat im Saarland nun ein wegweisendes Tariftreuegesetz durchgesetzt,  
61 das für diese Grundsätze steht. Wer einen Auftrag von Land, Stadt, Kommune oder  
62 auch öffentlichem Unternehmen bekommen will, muss für diesen Auftrag Tariflohn  
63 zahlen. Dies wird über Rechtsverordnungen sichergestellt, in denen die maßgeblichen  
64 Kernarbeitsbedingungen der jeweils geltenden Branchentarifverträge mit tariffähigen  
65 Gewerkschaften aufgenommen und vorgeschrieben werden. Damit nutzt die SPD im  
66 Saarland die neuen Möglichkeiten des von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil  
67 reformierten Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, wonach nicht nur ein Vergabe-  
68 Mindestlohn vorgeschrieben werden kann, sondern auch weitere Entgeltgruppen und  
69 Bedingungen des jeweils geltenden Tarifvertrages.

70 Die SPD macht den Unterschied. Das zeigt auf der anderen Seite das Beispiel Schleswig-  
71 Holstein, wo die CDU-geführte Landesregierung vor zwei Jahren das dortige  
72 Tariftreuegesetz abgeschafft hat.

73

74 Das Beispiel des Saarlands und anderer sozialdemokratisch regierter Länder werden wir  
75 im Bund aufnehmen. Die SPD hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass wir auch für  
76 öffentliche Aufträge des Bundes ein Bundestariftreuegesetz einführen werden. Ein  
77 armutsfester Mindestlohn als untere Haltelinie und die Stärkung der Tarifbindung:  
78 zwei zentrale Bausteine sozialdemokratischer Politik für mehr Lohngerechtigkeit!